

Nr. 7098/J

1994 -07- 16

II-14508 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

ANFRAGE

der Abgeordneten Christine Heindl, Freundinnen und Freunde

an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten

betreffend **380-kV-Hochspannungsleitung**

Dem Ausschuß für BürgerInnen-Initiativen und Petitionen haben Sie eine Stellungnahme zu den Anliegen der Bürgerinitiative 102: Gegen den Bau einer 380-kV-Hochspannungsleitung durch das Burgenland übermittelt. Dabei sind Sie jedoch nicht auf die konkret aufgeworfenen Fragen eingegangen und haben damit leider nicht die nötigen Informationen für die Bearbeitung dieser Initiative übermittelt. Da dies ein für die Menschen in dieser Region besonders wichtiger Fragenkomplex bzw. Problembereich ist, stellen

die unterfertigten Abgeordneten nachfolgende

ANFRAGE

1. Aus welchen Gründen haben Sie die Beantwortung des Schreibens der Bürgerinitiative gegen den Bau einer 380-kV-Hochspannungsleitung nicht durchgeführt, obwohl dies Bestandteil der Aufforderung des BürgerInneninitiativen- und Petitionsausschusses war?
2. Wie lauten Ihre konkreten Antworten auf die in diesem Schreiben aufgeworfenen Kritikpunkte? (Das Schreiben ist als Beilage integraler Bestandteil dieser Anfrage)
3. Grundlage dieser kritischen Fragen sind die "Kritischen Anmerkungen von DI Lothar RAUSCH vom ÖKO-Institut Darmstadt zum Gutachten "Notwendigkeit der Errichtung der 380-kV-Leitung UW Kainachtal - UW Wien Südost (Edwin/Glavitsch)". In welcher Form sind Sie bereit beizutragen, daß diese wichtige Untersuchung weiter fortgesetzt wird?

4. Sind Sie bereit, weitere Gutachten in Auftrag zu geben und zwar im Sinne der Überprüfung der volkswirtschaftlichen Auswirkungen sowie der Umsetzung des Bundesverfassungsgesetzes zum umfassenden Umweltschutz?

5. Werden Sie alle rechtlichen und politischen Mittel einsetzen, damit in der Zwischenzeit das Verfahren zur 380-kV-Hochspannungsleitung durch das Burgenland ausgesetzt wird?

6. Wenn nein, wie werden Sie dann Ihrer Verantwortung als Politiker nachkommen, daß bei einem Projekt mit derart eminenten Auswirkungen auf die Bevölkerung, keine wissenschaftlich haltbare Grundlage vorliegt?

7. Durch das verspätete Inkrafttreten des Umweltverträglichkeits-Prüfungsgesetzes unterliegt dieses Projekt weder gezwungenermaßen noch freiwillig der österreichischen Umweltverträglichkeits-Prüfung. Wie werden Sie dafür sorgen, daß dieses gigantische Projekt doch einer wirklichen Umweltverträglichkeitsprüfung unterzogen wird?

BEILAGE

**Bürgerinitiative gegen den Bau
einer 380 kV-Hochspannungsleitung**

Stadtschlaining, 1994 04 11

*An die
Obfrau des Ausschusses
für Bürgerinitiativen
Frau Ilona Graenitz*

*Parlament
per Fax 0222/40110-3455*

**Bürgerinitiative gegen den Bau
einer 380 kV-Hochspannungsleitung**

Sehr geehrte Frau Graenitz!

Am 18. März 1994 haben wir oben angeführte Bürgerinitiative dem Parlament vorgelegt. Da für die Behandlung unseres Anliegens in dieser Gesetzesperiode nur mehr kurze Zeit zu Verfügung steht, bitten wir Sie durch Ihre Beschlüsse zur Klärung folgender Problembereiche - im Interesse der Bürgerinnen und Bürger - beizutragen.

ad 1 Südburgenländische Versorgung

Die Verbundgesellschaft begründet mit dem Gutachten von Edwin/Glawitsch den Bedarf der 380 kV-Hochspannungsleitung Wien/Süd-Ost - Kainachtal. Die Bürgerinitiative hat dieses Gutachten überprüfen lassen und folgende Kritikpunkte formuliert:

- * Falsche Annahmen über Strompreise (mehr als doppelt so hoch, wie marktüblich), was zu einer Überbewertung der Kosten für Übertragungsverluste führt**
- * Ausschluß von Netzvarianten (diese werden an anderen Stellen im Gutachten jedoch als denkbar angesehen) für ein künftiges Hochspannungsnetz, d.h. es wird willkürlich von an einer 380 kV-Süd-Ost-Spange liegenden Einspeisepunkten ausgegangen**
- * Diskreditierung von dezentralen Erzeugungsanlagen durch unrealistische Annahmen**
- * Vermischung von notwendigen Ausbaumaßnahmen auf den unteren Spannungsebenen mit dem Trassenneubau**

*** keine Berücksichtigung von Maßnahmen der Einsparung bzw. Tarifpolitik**

Wir ersuchen Sie daher, von den zuständigen Stellen Antworten zu den offenen Fragen zu erhalten. Insbesondere ist nach der in unserem Auftrag durchgeführten Analyse dieser Studie ein weiterer Untersuchungsbedarf in folgenden Punkten gegeben:

- * Konzeption und Bewertung der Einbindung eines 380 kV-Ausbaues in das Europäische Netz**
- * Einbeziehung von Einsparmöglichkeiten (Negawatt) als Erzeugungsalternative**
- * Mögliche dezentrale Kraftwerkplanungen, um Zubaubedarf in den Höchstspannungsnetzen zu reduzieren**
- * Bewertung von Varianten eines künftigen Hochspannungsnetzes in Hinblick auf seine Transportkapazität für den Transit elektr. Energie, insbesondere aus benachbarten Regionen mit vorhandenen/künftigen AKWs**

Sollte sich herausstellen, daß trotz aller möglichen Einsparungen ein Trassenneubau aus Gründen der Versorgungssicherheit notwendig wird, so sollte ein mehrstufiger Umbau/Neubau der folgenden Art in die Untersuchung einbezogen werden.

- * Neubau zweier Einspeisepunkte in die Versorgungsgebiete der BEWAG und der STEWEAG. Die Einspeisung in das Netz der BEWAG sollte entweder über die vorhandene Trasse aus Neudörfel (Verstärkung derselben) oder im Südbereich in das UW-Jennersdorf erfolgen. Das Netz der STEWEAG ist zweizuteilen, wobei man eine zweite Einspeisestelle für den Raum Graz vorsehen sollte.**

Für uns interessant wäre auch, ob das zuständige Bundesministerium das Gutachten Edwin/Glawitsch in einem öffentlichen Hearing einer kritischen Bewertung unterziehen würde und ob es bereit wäre, sowohl die untersuchenden Fragen, als auch die entsprechenden Annahmen (Strompreise, Kosten für Alternativen, Einsparmöglichkeiten) gemeinsam mit den Bürgerinitiativen festzulegen, um so zu einem von Betreiber- und Bürgerinitiativen-Seite anerkannten Ergebnis zu kommen?

ad 2 Südburgenländische Landschaft

ad 3 Südburgenländische Wirtschaft

Da bis jetzt diese Punkte in der Begründung durch die Betreiber und die Behörde völlig negiert, bzw. mit unzureichenden Mitteln berücksichtigt wurden, bitten wir, besonders auf diese für uns wichtigen Zukunftsfragen einzugehen. Unseres Wissens gibt es für dieses Projekt weder ein "least-cost-planing" (siehe auch ad 1) noch eine volkswirtschaftliche Gesamtrechnung noch eine Überprüfung nach dem Bundesverfassungsgesetz für den umfassenden Umweltschutz.

Die Entwicklungschancen unserer Region stehen diesem Großprojekt diametral gegenüber und es ist daher für die Bevölkerung von enormer Bedeutung, daß diese

Chancen nicht einem Projekt geopfert werden, dessen Notwendigkeit nicht begründet ist (siehe ad 1).

Abschließend ersuchen wir Sie, Ihre Möglichkeiten zu nutzen, daß dieses Projekt bis zur Vorlage der entsprechenden Unterlagen gestoppt wird. Wir möchten Sie daran erinnern, daß nach der derzeitigen Gesetzeslage leider nicht einmal die ökologische Mindestforderung, die Überprüfung nach dem Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz erfüllt wird.

Wir danken für die Berücksichtigung unseres Schreibens bei der parlamentarischen Bearbeitung unserer Bürgerinitiative und zeichnen

mit freundlichen Grüßen

*Bürgerinitiative gegen den Bau
einer 380 kV-Hochspannungsleitung*